



Newsletter 3-2011

Die Bundeswehr zieht ab - leider nicht überall

Ostwestfalen hat schon gute Erfahrungen mit der Umwandlung militärischer Einrichtungen

Die Bundeswehr zieht sich aus der Fläche zurück, sie verringert ihr Militärpersonal um 60.000 auf 185.000, das Zivilpersonal wird auf 55.000 gekürzt und seit Ende Oktober ist klar, dass sie insgesamt 64 Standorte auflöst. Aus 31 davon zieht sie komplett ab, in NRW trifft dies Kerpen und Königswinter.

Sechs Standorte in NRW werden so stark reduziert, dass sie zukünftig formal nicht mehr als Standort gelten. Häufig bedeutet dies, wie z.B. in Herford (bisher Kreiswehersatzamt mit 50 Beschäftigten) dass in der Regel nur noch sechs "KarriereberaterInnen" der Bundeswehr vor Ort bleiben. Deren Aufgabe ist es, Nachwuchs für die zukünftigen Kriegs- und Besatzungseinsätze der Bundeswehr zu rekrutieren. Davon könnte es zukünftig noch mehr geben, denn obwohl die Gesamtzahl der Soldaten sinkt, wird die Anzahl derjenigen, die für Auslandseinsätze zur Verfügung stehen, von derzeit 7.000 zukünftig etwa verdoppelt.

In weiteren Standorten rund um die Region Ostwestfalen-Lippe wird das Personal deutlich reduziert: Augustdorf (von 4.050 auf 2.480), Höxter (von 1.190 auf 690), Minden (von 1.170 auf 730), Paderborn (von 40 auf 10) und Brakel (von 40 auf 20). Leider wird die Bundeswehr wohl den Truppenübungsplatz Senne weiter mit nutzen und damit besteht nach wie vor die Gefahr, dass die Senne auch nach dem Abzug der Britischen Truppen der Öffentlichkeit nicht uneingeschränkt zur Verfügung steht.

Zivile Nutzung ehemaliger militärischer Anlagen: Konversion steht an!

Zahlreiche Kommunalpolitiker in OWL und darüber hinaus übertreffen sich zur Zeit damit, Horrorszenarien eines ökonomischen Kollapses nach dem (Teil-)Abzug der Truppen zu entwerfen. Dabei ist es jetzt dringend nötig nach vorne zu blicken und Konzepte für eine zivile Nutzung der freiwerdenden Militärliegenschaften zu entwerfen.

In den letzten zwei Jahrzehnten wurden in Deutschland bereits umfangreiche Erfahrungen mit dem Abzug der Bundeswehr und ausländischer Truppen gemacht. Nahezu überall zeigte sich, dass Konversion gute Chancen für die betroffenen Regionen bietet. Meist gibt es - selbst in strukturschwachen Regionen - nach dem Abzug mehr und besser qualifizierte Arbeitsplätze und mehr Steuereinnahmen für die Kommunen als zuvor. Wichtig ist jedoch eine rechtzeitige Planung der Strukturveränderungen und die demokratische Beteiligung der Menschen in den Regionen bei den anstehenden Planungsprozessen. DIE LINKE fordert zur Unterstützung der Kommunen in der Übergangsphase, dass Bund und Land Zuschüsse für Konversion bereitstellen.

www.linksfraktion.de/themen/bundeswehr-konversion-militaerischer-stadorte/

Sie reden von Frieden, sie führen Krieg - Truppen raus aus Afghanistan!

Afghanische Parlamentarierin und Frauenrechtlerin als Gast der Linksfraktion in Bielefeld



Malalai Joya in Bielefeld:

**Mittwoch, 30. November 2011, 20.00 Uhr
im Historischen Saal der Ravensberger Spinnerei
(3. Etage), Ravensberger Park 1**

Malalai Joya ist mit 34 Jahren die jüngste Parlamentarierin Afghanistans. Vom 3.-5. Dezember nimmt sie an der Protestkonferenz in Bonn anlässlich der offiziellen Afghanistankonferenz Peterberg II teil, mit der die Bundesregierung und ihre Verbündeten den 10jährigen Beginn ihres „Krieges gegen den Terrorismus“ feierlich begehen.

Unter dem Motto "Sie reden von Frieden, sie führen Krieg - Truppen raus aus Afghanistan!" werden am 3. Dezember 2011 eine bundesweite Demonstration und am 4. Dezember eine internationale Konferenz stattfinden. Diese sollen ein kraftvolles Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik des Krieges setzen. Infos zu den Protesten unter: www.afghanistan-protest.de

Konsequent gegen Streumunition



Deutsche Konzerne machen Gewinne durch Investitionen in Streumunition. SPD, Linke und Grüne fordern nun in einem gemeinsamen Antrag ein Verbot dieser Investitionen.

Streumunition besteht aus vielen kleinen Sprengkörpern. Diese sogenannten „Bomblets“ verteilen sich nach dem Abschuss als Splittergeschosse oder Minen und bleiben dann häufig lange Zeit im Boden liegen und explodieren Jahre nach Konfliktende. Deshalb sind die Opfer fast immer Zivilisten, 27 Prozent der registrierten Opfer sind Kinder.

Im Jahr 2007 haben die Vertreter einiger Länder in der norwegischen Hauptstadt den Oslo-Prozess begonnen und einen Vertrag zur Abschaffung der Streumunition ausgehandelt. Seit dem 1. August 2010 ist dieser Vertrag nun in Kraft, 109 Staaten haben ihn unterschrieben.

Riester-Rente für Streubombenhersteller

Auch die deutsche Bundesregierung ist nach der Unterzeichnung des Vertrags nicht konsequent. So haben Vertreter Deutschlands zum Beispiel während des Oslo-Prozesses verhindert, dass auch die Streumunition „SMArt 155“ verboten wird, die von den Rüstungskonzernen Rheinmetall und Diehl hergestellt wird.

Einige deutsche Banken geben nach wie vor Geld in Unternehmen, die Streumunition herstellen. Die Deutsche Bank investierte laut einer Studie von 2010 776 Millionen

US-Dollar in Hersteller von Streumunition und Landminen und die Allianz Versicherungsgruppe 616 Millionen US-Dollar. Die Studie zeigt auch, dass Geld aus der Riester-Rente bisher in Rüstungskonzernen investiert werden kann und diese dadurch indirekt subventioniert werden. Mindestens zwölf Anbieter von Riester-Produkten investieren demnach Geld in Produzenten von völkerrechtswidrigen Waffen.

DIE LINKE fordert ein gesetzliches Verbot von Investitionen in Streumunition. „Die Bundesregierung interpretiert das Osloer Abkommen bisher so, dass diese Investitionen nicht verboten sind“, so Höger. Das sei allerdings eine Fehlinterpretation. So hat sich das Europäische Parlament 2007 dafür ausgesprochen, Investitionen in Streumunition zu verbieten. Inge Höger dazu: „Wenn es die Bundesregierung mit dem Verbot der Streubomben ernst meint, muss es auch hier ein gesetzliches Verbot geben.“

Rüstungsatlas

Deutschland ist der größte Rüstungsexporteur Europas und weltweit verkaufen nur die USA und Russland mehr Kriegsgüter. In vielen Städten werden Rüstungsgüter entwickelt oder hergestellt. Wir haben begonnen, Rüstungsstandorte zu sammeln und sie auf einer bundesweiten Karte zu verzeichnen. Durch das Klicken auf die roten Markierung werden die jeweiligen Konzerne und Adressen angezeigt. Falls Ihr weitere Standorte kennt, freuen wir uns über Hinweise.



Rüstungsatlas online:

Die Adressen der Kriegsprofiteure

Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Vor allem deutsche Kleinwaffen – z.B. von Heckler und Koch – befeuern Bürgerkriege auf der ganzen Welt, mit der Lieferung großer Waffensystem wie der modernsten U-Boote der Welt an Griechenland und Israel oder auch mit Panzerlieferungen an Saudi-Arabien und die Türkei stehen Unternehmen wie Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann und HDW bereit, um künftige größere Kriege zu ermöglichen.

Gerade erst hat Verteidigungsminister De Maizière den Rüstungsunternehmen in Aussicht gestellt, im Ausgleich für die um einen Bruchteil gesunkenen Bestellzahlen der Bundeswehr mehr Exportgenehmigungen für deutsche Waffen zu erteilen.

Die arabischen Diktaturen hielten und halten sich mit deutschen Waffen an der Macht, in der Türkei werden mit deutschen Waffen die Kurden unterdrückt, die Unterdrückung der Palästinenser wird auch durch eine enge deutsch-israelische Rüstungskoopeation ermöglicht.

Die Meister des Krieges haben aber Adressen: Sie produzieren ihre Mordwerkzeuge in unserer Nachbarschaft. Nun ist auch ein Rüstungsatlas für ganz Deutschland online:

www.ruestungsatlas.de

Reform der Pflegeversicherung?

Bislang nur vollmundige Makulatur!

Werbewirksam hat die Regierung das Jahr 2011 zum „Jahr der Pflege“ ausgerufen. Die Betroffenen machten sich Hoffnungen. Seither aber schmort die überfällige Pflegereform vor sich hin.

Besonders betroffen von dem Teilkaskoprinzip der Pflegeversicherung sind an Demenz erkrankte Menschen und ihre pflegenden Angehörigen. Ihnen wurde bereits von der großen Koalition vor 2009 Verbesserungen versprochen. Nötig ist vor allem, den Pflegebedürftigkeitsbegriff so weiterzuentwickeln, dass Pflegeleistungen verbessert und ausreichend finanziert werden. Prävention gewinnt auch bei Demenz immer mehr an Bedeutung. Bisher ist Vorsorge völlig unterfinanziert.

Die Koalitionsfraktionen wollen jedoch knallhart auf Kapitaldeckung umsteuern und den Menschen noch tiefer in die Tasche greifen. Gute Pflege würde noch mehr

als bisher vom eigenen Geldbeutel abhängen.

Dabei ist der Handlungsbedarf in der Pflege offensichtlich. Eine stabile, gerechte und solidarische Finanzierung der Pflegeversicherung ist die Basis für gute Pflege und Betreuung. Dafür müssen auch private Pflegeversicherungen in einen Finanzausgleich einbezogen werden. Besser wäre eine solidarische Versicherung für alle. Pflegeberufe müssen durch fairen Lohn für hochwertige Arbeit attraktiver werden, um Pflegenotstand und Fachkräftemangel abzubauen.

Berufstätige Angehörige müssen ohne erhebliche finanzielle Einbußen die Pflege für ihre Nächsten organisieren können. DIE LINKE fordert eine Freistellung bis zu sechs Wochen, einschließlich Lohnersatzleistungen in dieser Zeit.

Das als Bonbon verkaufte schwarz-gelbe Familienpflegezeitgesetz bringt den meisten

pflegenden Angehörigen nichts. Sie haben keinen Rechtsanspruch auf Freistellung, können bei Zustimmung mit reduzierter Stundenzahl arbeiten, müssen aber anschließend in Vollzeit mit reduziertem Lohn für den Ausgleich des Zeit- bzw. Geldkontos sorgen. In Krisenzeiten wie diesen ist so ein Konstrukt kaum machbar. Die Arbeitgeber hingegen sollen bei der Umsetzung komplett entlastet werden.

Inge Höger: „Hilfreich, gerecht und solidarisch sieht anders aus!“



Euro-Krise: Profiteure zur Kasse!

Gut drei Jahre nach Beginn der Finanzmarktkrise stehen Finanzspekulationen wieder in voller Blüte, Millionäre sind reicher als zuvor und die Krise erfasst in vielen Ländern erneut die Realwirtschaft. Immer neue Rettungsschirme für Banken werden aufgespannt, angeblich um verschuldeten Ländern zu helfen. In Wirklichkeit aber werden die Verursacher der Krise, die Großbanken und internationalen Spekulanten belohnt. Zahlen sollen dafür in ganz Europa die Beschäftigten, die Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentner. Demokratie und Sozialstaat bleiben dabei immer mehr auf der Strecke. DIE LINKE fordert ein umfassendes Aktionsprogramm gegen die Euro-Krise. Wir fordern, die Verursacher zur Verantwortung zu ziehen.

Weitere Infos unter:

<http://www.die-linke.de/politik/themen/eurokriseprofiteurezurkasse/>



Oktober 2011: Ver.di-Kolleginnen und -Kollegen bei MdB Inge Höger im politischen Berlin

Ein vielseitiges Programm zur Sozialpolitik hatte MdB Inge Höger für die Besuchergruppe aus Ostwestfalen zusammengestellt. Fast 50 politisch interessierte Ver.di KollegInnen machten sich ein Bild von den zahlreichen Fassetten der Hauptstadt.

Die Bevölkerung in Deutschland wird immer älter, die Armen werden immer jünger!

Kinderarmut im Kreis Herford

„Kinderarmut gibt es nur in Entwicklungsländern“, denken viele Menschen. Doch selbst im reichen Deutschland ist Armut und Kinderarmut weit verbreitet und nimmt zu. Auch im Kreis Herford und besonders in der Stadt Herford sind viele Kinder arm. In den letzten acht Jahren hat Armut und die Schwierigkeiten von betroffenen Familien zugenommen. Die Probleme reichen dabei von fehlendem Essensgeld über die Beschaffung von Kinderzimmermöbeln bis zu benötigter Winterkleidung.

Nach einem aktuellem Bericht vom Jobcenter Herford ist hier fast jeder Achte zwischen null und fünfzehn Jahren im Kreis Herford von Sozialleistungen abhängig. Unter den null bis dreijährigen Kindern sogar mehr als jedes Sechste. In der Stadt Herford ist die Lage noch ernster: Fast 25 Prozent der Kinder unter drei Jahren und etwa 20 Prozent der unter Fünfzehn-Jährigen sind auf Hilfe angewiesen. Und dies ist sicherlich nur die Spitze des Eisberges. So liegt Herford im traurigen Deutschlandtrend: Bundesweit sind 15,5 Prozent oder

12,7 Millionen Menschen armutsgefährdet. Als „arm“ gilt, wer im Monat mit einem Einkommen von unter 929 Euro auskommen muss.

Arme Kinder werden für ihr ganzes Leben benachteiligt

Die Partei DIE LINKE und ihre Bundestagsabgeordnete Inge Höger setzten sich für Umverteilung von Reichtum ein. Die Hartz-Gesetze und Einsparungen von Sozialleistungen führen zu immer mehr Armut in einem reichen Land. Kinder, die in Armut geboren werden, haben kaum Chancen auf Bildung und ein besseres Leben.

Die PISA-Studien belegen, dass Kinder aus armen Familien bereits in der Grundschule aussortiert werden. Mit einem Hauptschulabschluss ist die Suche nach einem Ausbildungsplatz oft hoffnungslos. Und ohne Ausbildung finden die Meisten auch keine Arbeit. Ein Leben in Armut ist so vorprogrammiert. Darum fordert DIE LINKE die Abschaffung von Hartz IV. Stattdessen soll eine bedarfsorientierte Grundsicherung eingeführt werden.

Finanziell benachteiligte Kinder kümmern die Stadt Herford wenig. Der Haushaltstitel "Ferienbeihilfe" wurde gestrichen. Inge Höger steht den Kindern mit einer Spende unbürokratisch bei.



Die Linke für vollständige Rekommunalisierung der Stromnetze

Nicht erst seit der atomaren Katastrophe in Fukushima tritt die Partei DIE LINKE für den bedingungslosen und sofortigen Atomausstieg ein. Dieser Ausstieg lässt sich nur gegen die Interessen von Energiekonzernen wie E.on oder EWR durchsetzen. Ein erster Schritt hin zum Einstieg in eine alternative Energieversorgung ist die Übernahme der Stromnetze durch die Kommunen.

In der aktuellen Debatte um den zukünftigen Netzbetrieb in Stadt und Kreis Herford tritt die heimische Bundestagsabgeordnete Inge Höger (DIE LINKE) für eine vollständige

Übernahme der Stromnetze durch die Stadt Herford ein. Diese Position hat im Sommer auch der Herforder Stadtrat per Grundsatzbeschluss bekräftigt.

„Es ist undemokratisch, dass der Bürgermeister nun das Gegenteil von dem umsetzt, was der Rat beschlossen hat. E.on weiter am Netzbetrieb zu beteiligen, ist inakzeptabel. Der Konzern ist ausschließlich auf Profit für seine Aktionäre aus. Dass das Interesse der Stromkunden an preiswerter Versorgung dem entgegensteht, sollte jedem einleuchten“, erklärt Inge Höger.

Durch eine gerechte Besteuerung hoher Einkommen ist das finanzierbar. Mit einem flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro kann Lohndumping verhindert werden. Um gleiche Chancen für alle Kinder zu ermöglichen verlangt DIE LINKE eine Schule für Alle. Auch gut ausgestattete KiTa-Plätze müssen beitragsfrei für alle Kinder angeboten werden.

Kontakt

Bundestagsbüro:

Inge Höger (v.i.S.d.P.)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon: 030-227-74330
Fax: 030-227-76339
Email: inge.hoeger@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

HERFORD

Elke Eisenburger, Frank Schrage
Radewiger Str. 10, 32052 Herford
Öffnungszeiten
Mo. bis Mi. und Fr. 10 bis 14 Uhr
Do. 10 bis 16 Uhr
Fon: 05221-1749071
Fax: 05221-1749073
Email: inge.hoeger@wk.bundestag.de

BIELEFELD

Barbara Schmidt
August-Bebel-Str. 126, 33602 Bielefeld
Öffnungszeiten
Mo. 13 bis 16 Uhr, Di. bis Do. 10 bis 16 Uhr
sowie nach Vereinbarung
Fon: 0521 5202902
Fax: 0521 5202903
Email: inge.hoeger@wk2.bundestag.de
www.inge-hoeger.de

In diesem Punkt geht Herbert Even (Grüne) mit der Linken einig: Es bedarf einer gründlichen Prüfung aller Details ohne zeitlichen oder gar wirtschaftlichen Druck durch E.on. Allerdings geht DIE LINKE weiter: Landes- und bundespolitisch setzt sie sich dafür ein, die Energiekonzerne zu entmachten. „Stromversorgung gehört in öffentliche Hand. Sie muss atomstromfrei und bezahlbar sein“, fordert Höger.

Die Abgeordnete warf Bürgermeister Bruno Wollbrink (SPD) vor, „am Gängelband der Atomindustrie“ zu sein und „über jedes Stöckchen zu springen, das ihm E.on vorhält.“ Statt Absprachen in Hinterzimmern zu treffen, sei es an der Zeit, eine transparente, öffentliche Debatte zu führen, bei der jede und jeder zu Wort kommen könne.